Berlin. Mittingshausen schied aus der Sozialistenfraction aus, weil er verweigerte, sich dem Fractionszwange zu unterwerfen.

London. In einer Fabrik bei Ayr (Schottland) fand eine Dynamit-Explosion statt, wodurch 10 Personen getödtet und 2 schwer verletzt wurden.

Paris, 8. Mai. Boulevard. 5% Rente 78,80. Ital. 107,85. Ital. —. Span. 61,25. Egypter 311,00. Ottomanen 472,00. Franzosen —. Lombarden —. Geschäftslos.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Osc. Baumann
K. Hoflieferant,
Dresden, Frauenstr. 10
Grösstes Lager
engl., franz. u. deutscher
PARFUMERIEN
Toilette-Seifen,
Schwämme,
Kämme u. Bürsten.

Die
Lack-, Firniss- und Oelfarben-Fabrik
von
Edgar Hessel
empfiehlt ihre Fabrikate zu den billigsten Preisen.
Detailverkauf: Pfarrgasse 4.

Weisspinsel,
Weissbürsten, Musterpinsel, Ringpinsel etc.
offerirt als billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer die
Bürsten- u. Pinselwaarenfabrik
von Gebr. Streubel, Freiberg (Sachsen).

R&S
Mit Gott und Recht
Schutzmarke.
Geschäfts- u. Wirthschafts-Bücher,
eigenes Fabrikat. Lager von Haupt- u. Casse-Büchern, Wechselcontren etc. etc. Specialität: Copirbücher u. Bücher für Landwirthschaft. Extraanfertigungen jeder Art schnell und exact. Princip: Bestes Material, gute und verlässliche Arbeit.
G. H. Rehfeld & Sohn, Dresden-N., Hauptstrasse 24.

Das Fabrik-Etablissement einfacher u. eleganter Kinder-Garderobe von Alexander Philipsohn befindet sich jetzt
Anfertigung nach Maass. Auswahlsendung bereitwilligst.
Pragerstrasse 6, part., gegenüber der Kunstgewerbehalle.
Sämmtliche Neuheiten der Frühjahrssaison in grösster Auswahl für Knaben und Mädchen bis 16 Jahre.

Nr. 130. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl.

Aussichten für den 9. Mai: Mäßiger Südwestwind, ziemlich heiter, trocken, Temperatur etwas wärmer.

Dresden, 1884. **Freitag, 9. Mai.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Den widersprechenden Berichten über die Aussichten des Sozialistengesetzes wird die Schlußabstimmung das allseitig ersehnte Ende bereiten. Allerdings erst die Abstimmung der 3. Lesung; aber diejenige der zweiten ist denn doch ziemlich maßgebend, falls sich nicht zwischen beiden allerhand Vorgänge hinter den Coulissen abspielen. Einstweilen wogt in Berlin die Redeschlacht unentschieden hin und her. Unter den Gründen, welche die Neufortschrittler gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes mit Vorliebe anführen, figurirt namentlich auch der, daß unter und trotz seiner Geltung die Sozialdemokratie gewachsen sei. Daß das Sozialistengesetz die Entwickelung der Sozialdemokratie nicht zerstören könne, haben sich die Regierungen und die Konservativen stets gesagt; aber ebenso sicher ist es, daß dieses Gesetz insofern großen Nutzen gehabt hat, als es die wüste Agitation von der Straße fegte, wie sie damals in den Versammlungen und Zeitungen Most und Genossen betrieben. Most hätte, wenn er seine Agitation im Vaterlande ungenirt forttreiben durfte, zweifellos denselben Entwickelungsprozeß nach der Gemeingefährlichkeit hin genommen, den er in England und Amerika durchgemacht hat. Wenn die Fortschrittler so thun als hätten sie gewiß die Sozialdemokratie besiegt, wenn nur das Sozialistengesetz nicht die öffentliche Discussion mit ihr in Presse und Versammlungen unmöglich gemacht hätte, so ist das einfach lächerlich. Zu einer Besiegung der Sozialdemokratie gehört ein festes, volksthümliches Wirthschaftsprogramm, ein solches, wie es die kaiserliche Botschaft entrollt hat, dessen Verwirklichung jedoch auf Schritt und Tritt dem zähesten Widerstande gerade der Fortschrittspartei begegnet. Was hat denn die als freisinnig-deutsch verjüngte Neufortschrittspartei der Sozialdemokratie entgegenzusetzen? Nichts als das abgedroschene Manchesterthum, aus dem gerade die Sozialdemokratie hervorgegangen ist! Es ist eine greifbare geschichtliche Thatsache, daß das Manchesterthum es nicht verstanden hat, die Gesellschaft vor den verderblichen Folgen der im Laufe der letzten 50 Jahre stattgefundenen wirthschaftlichen Umwälzung zu schützen. Der Eisenbahnbau, die reißende Entwickelung des Maschinenwesens und der Dampfkraft, des Handels, der Geldwirthschaft und der Börse haben in der Güter-Erzeugung eine Umwälzung erzeugt, die auf die Erwerbsverhältnisse des Einzelnen wie der Volksmassen neben tausend segensreichen Einwirkungen sicherlich auch eine Reihe bedrohlicher Einflüsse ausüben. Es ist eine Auflösung und stellenweise geradezu eine Atomisirung der Gesellschaft eingetreten. Auf der einen Seite steht sich zu immer größerer Macht zusammenballend, das durch Börse und Aktien gehäufte Kapital, auf der anderen die durch Auflösung aller bestehenden Organisationen zusammenhanglos gemachte und dadurch wehrlos gewordene Gesellschaft. Hiergegen regt sich im Volke eine Reaction. Was soll geschehen, um diesem unheilvollen Prozesse Einhalt zu thun? Denn daß geholfen werden muß, zeigt jeder Blick in unsere Entwickelung. Soll der Staat die Hände in den Schooß legen, obwohl er sieht, daß das gehäufte Kapital den ganzen Gewerbebetrieb und alle Macht immermehr in die Hände einzelner Kapitalistenkreise bringt und die große Masse des Volkes immermehr proletarisirt?

Das Manchesterthum unserer Neufortschrittler steht diesem Prozesse nicht nur rathlos gegenüber, sondern will gerade diesen Zustand der Vereinzelung und Auflösung der Gesellschaft dem Kapital gegenüber aufrecht erhalten. Die immer als Rettungsmittel empfohlenen freien Arbeiter-, Gewerbe-, Vorschuß-, Consum- und anderen Vereine u. s. w. haben sich dazu ebenso ohnmächtig erwiesen, als die mittelst des Coalitionsrechtes ausgeführten Streiks. Die Sozialdemokratie giebt vor, einen besseren Zustand durch eine mehr oder weniger gewaltsame Revolution herbeizuführen, wodurch der ganze Wirthschaftsbetrieb, Kapital und Arbeit, gemeinsam gemacht wird. So vorsichtig auch die parlamentarische Sozialdemokratie ihr Endziel verschleiert — es ist doch kein anderes als der Staatskommunismus, der, wie ihre vorgeschrittenen oder unvorsichtigeren Genossen ausplaudern, wieder nur die Vorstufe zu der ersehnten Anarchie bildet. Dieser unheilvollen, das Grab unserer Kultur schaufelnden, durch ein Meer von Blut führenden Entwicklung kann keine Macht, als die des Staats Halt gebieten. Einzig der Staat kann da rettend eingreifen. Er allein ist befähigt, die Bevölkerung von der Herrschaft des Kapitalismus freizumachen, gerade sogut, wie der Staat zu Anfang dieses Jahrhunderts eintrat, um die Bevölkerung von dem Feudalismus freizumachen und einen freien Bauernstand zu begründen. Die Einzelnen hätten das damals auch nicht vermocht. Das war damals auch ein Staatssozialismus, wie der jetzige zur Rettung unseres gewerblichen Mittel- und des Arbeiterstandes vor der Macht des Kapitalismus. Den Staat in diesem ruhmvollen Streben nicht durch die wüste Agitation der Sozialdemokratie behindern zu lassen, das ist eben mit eine der Hauptaufgaben des Sozialistengesetzes. Nicht gegen die Arbeiter und ihre Interessen ist dieses Gesetz gerichtet, sondern lediglich gegen ihre Verführer, Aufhetzer und ihre heillosen revolutionären Bestrebungen.

Kommt es zu einer Fortsetzung der Reichstagsarbeiten, so erscheint uns eine Interpellation in Sachen der Zuckerbesteuerung höchst dringlich. Wider alles Erwarten verzögert sich die Vorlage eines neuen Zuckergesetzes. Daß eine Reform der Zuckerbesteuerung unerläßlich, wird nachgerade von allen Seiten, selbst von den Fabrikanten zugegeben. Eine sich Monate lang hinschleppende Enquete über die Zuckerreform hat stattgefunden; Sachverständige sind abgehört und Vorschläge ausgearbeitet worden, die gewiß nicht die Welt auf den Kopf gestellt haben würden. Aber es ist auffällig, daß man diese Vorschläge geheim hält. Man muthmaßt, daß sie doch einigermaßen anders ausgefallen seien, als die preußische Regierung erwartet hatte. Die Vorschläge mögen denen, die eine rationellere Zuckersteuer fordern, im Ganzen Recht geben und sich nicht auf den Standpunkt der preußischen Regierung stellen, die durchaus nicht auf eine weitere Herabsetzung der Ausfuhrvergütung eingehen will. Eine wunderlichere Vergünstigung als die den Zuckerfabrikanten so hartnäckig gewährte, ist im deutschen Reiche noch nicht erlebt worden! Die Einnahmen der Reichskasse sind mit der wachsenden Zuckerproduktion rapide zurückgegangen, weil das Reich den Fabrikanten mehr für die Ausfuhr vergüten und als Prämie zurückzahlen muß, als die Fabrikanten an Steuer entrichtet haben. Diese enormen Steuerprämien haben gleichwohl nicht verhindern können, daß der Zuckerpreis auf einen nie gekannten Stand gefallen ist. Im Gegentheil ist der niedrige Preisstand des Zuckers als direkte Folge der Steuerprämien anzusehen, welche eine Ueberproduktion an Zucker großgezogen hat, der nun um jeden Preis im Auslande verkauft werden muß. Eine schärfere Verurtheilung des jetzigen Zuckersteuersystems ist nicht zu denken. Allen Warnungen zum Trotze hält man es aufrecht und hat jetzt eine Lage auf dem Zuckermarkt heraufbeschworen, die für die Zuckerfabrikanten selbst schwere Verluste unvermeidlich erscheinen läßt. Nur eine Ermäßigung der Ausfuhrprämien kann einen großen Krach in der Zuckerindustrie verhindern. Es ist kurzsichtig, wenn die Zuckerbarone die Reform hinausschieben, um noch einmal von der diesjährigen Rübenernte die ungebührlich hohen Ausfuhrvergütungen einzubekommen. Die vermeintlichen Beschützer der Zuckerindustrie, wie sie in der preußischen Regierung sitzen, leisten derselben durch das ewige Vertagen der Reform den schlimmsten Dienst. Findet sich denn aber im Reichstage Niemand, der auf die Schäden hinweist, die für die Steuerzahler und die Reichskassen aus der ungerechtfertigten und ihr selbst schädlichen Begünstigung der Zuckerindustrie erwachsen?

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 8. Mai.

Berlin. Reichstag. Das Haus ist gut besetzt, die Tribünen sind überfüllt; Hunderte, denen der Zutritt nicht gewährt werden kann, ziehen betrübt wieder ab. Der Platz des Reichskanzlers ist leer. Abg. Meyer-Breslau erstattet ein humoristisches Referat über die Beleidigung des Reichstags durch einen bayrischen Müller und einen bayrischen Dienstknecht. Die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung Beider wird analog dem bisher eingeschlagenen Verfahren ertheilt. Der Präsident v. Levetzow macht dann dem Hause Vorschläge über die Art und Weise, in welcher über die vorliegenden Anträge zu der Vorlage über die Verlängerung des Sozialistengesetzes zu berathen und leitet dieselben mit der mächtige Heiterkeit hervorrufenden Bemerkung ein: Es giebt zwei Wege, welche nach Rom führen. Bekanntlich rühren die vorliegenden Anträge von Dr. Windthorst her. Ueber die vom Präsidenten gemachten Vorschläge entspinnt sich eine längere Debatte. Das Centrum wünscht, daß zunächst über alle Abänderungsanträge Beschluß gefaßt wird, ehe das Haus vor die Frage der Verlängerung gestellt werde. Schließlich bleibt es bei den Vorschlägen des Präsidenten, worauf der Abg. Freiherr v. Hartling die Debatte mit kurzen Worten einleitet. Abg. v. Stauffenberg, der Führer der Fustonisten, wendet sich im Flüstertone gegen die Verlängerung. Er verkenne nicht das Nothwehrrecht des Staates; mit dem Sozialistengesetze habe aber kein dauernder Rechtszustand geschaffen werden sollen. Mit dem Gesetz habe ferner nicht die Sozialdemokratie in allen ihren Bestrebungen unterdrückt werden sollen, sondern nur die Umsturzbestrebungen. Die Handhabung des Gesetzes habe aber daraus etwas ganz anderes gemacht. Daraus mache er den Regierungen keinen Vorwurf, vielmehr habe sich der Reichstag in der Tragweite des Gesetzes getäuscht. Die schädliche Wirkung der Verlängerung des Ausnahmegesetzes erblicke er darin, daß man dadurch immer mehr und mehr von dem gesetzlichen Wege ablenke. So sei die Sprache des offiziellen Organs der Sozialdemokratie „Der Sozialdemokrat" unter dem Sozialistengesetz immer revolutionärer geworden und die Entwickelung der anarchistischen Partei führe er im Wesentlichen auf die lange Dauer des Sozialistengesetzes zurück. (Zustimmung links, Widerspruch rechts.) Auf die öffentliche Sicherheit habe das Sozialistengesetz in gewisser Richtung recht ungünstig gewirkt. Früher haben sich die sozialdemokratischen Ausschreitungen an der Oberfläche gezeigt; heute halte sich die sozialdemokr. Organisation im Geheimen. Darin liege die Gefahr. v. Stauffenberg führt weiter aus, die Gefahr liege in der Anwendung der Geheimpolizei, die, um Geheimnisse zu erforschen, als Agents Provocateurs wirken müsse. Wolle man das Gesetz so lange beibehalten, bis die Sozialdemokratie verschwunden sei, dann wäre kein Ende abzusehen, man werde im Gegentheil das Gesetz immer mehr verschärfen müssen. Minnigerode plädirt für die Verlängerung. Das Gesetz habe sich bewährt. Es müsse mit Rücksicht auf Vorkommnisse in den Nachbarländern aufrecht erhalten werden. Das Gesetz habe den Terrorismus, den die Sozialdemokraten auf die Arbeiter übten, beseitigt. Die vereinzelten Dynamit-Attentate seien fast Kinderspiel gegen die fortgesetzten Aufreizungen gegen Staat, Gesellschaft, Kirche und Ehe. Das seien kleine Dynamitpatronen, um Gesellschaft und Staat zu sprengen. Er erinnert Bamberger an dessen Eintreten für das Gesetz im Jahre 1878. Wie die Sozialdemokratie, so säe auch die Fortschrittspartei Unfrieden zwischen die Klassen der Gesellschaft. Die Fortschrittspartei könne sich ja Manches leisten, da ihr die Schätze des Orients zur Verfügung ständen. Während der Rede Minnigerodes tritt der Reichskanzler ein und verweilt während eines Theils der Rede Windthorsts im Hause, welcher erklärt, daß die Sache zu wichtig sei, um sie als Parteifrage zu betrachten, jedweder vom Centrum gebe sein Votum nach eigenem Ermessen ab. Alle seine Parteigenossen seien darin einig, daß die sozialdemokratischen Bestrebungen durchaus verwerflich seien, aber auch darüber, daß das Sozialistengesetz keine dauernde Institution werden könne. Er spreche nur für seine Person. Er sei gegen alle Ausnahmegesetze, weil die Katholiken am meisten unter Ausnahmegesetzen zu leiden hätten. Seine Anträge habe er nur zur Vermittlung gestellt. Eine Verdrängung der sozialdemokratischen Bestrebungen von der Oberfläche bietet die größte Gefahr. Beweis dafür habe Rußland geliefert. Marquardsen erfährt, daß die Nationalliberalen einstimmig für die Verlängerung eintreten würden. Minnigerode habe vor der Umgarnung durch die Linke gewarnt. Aber Du bist der beste Bruder auch nicht (Heiterkeit). Frohme (Sozialdemokrat) bestreitet, daß Sozialdemokraten und Anarchisten dasselbe seien. Daß, was bestehe, bestehe nur durch Macht und könne durch größere Macht beseitigt werden. Graf Behr ist für die Verlängerung des unveränderten Gesetzes, Winterer (Elsässer) gegen die Verlängerung, obgleich er die Gefährlichkeit der Sozialdemokratie anerkennt. Hierauf wurde Vertagung beschlossen.

Berlin. Der Kaiser wird Sonnabend nach Wiesbaden abreisen, die Kaiserin nach Baden-Baden. — Die Kaiserin von Rußland kommt demnächst nach Deutschland.

Berlin. Die Kaiserin konnte, wie der „Reichsanzeiger" meldet, heute den Versuch einer Ausfahrt im geschlossenen Wagen unternehmen. — Der Bundesrath nahm das Dynamitgesetz an, welches sofort dem Reichstage zuging. Demselben ging ferner die Vorlage wegen Revision der Maaß- und Gewichtsordnung, sowie eine andere Vorlage zu, welche 135,000 Mk. aus Reichsmitteln als Dankribut für die deutsche Cholerakommission forderte. Die Mittheilung dieser letzten Vorlage wurde vom Reichstage beifällig aufgenommen. Die Vorlage wegen einer Subvention der Postdampfer-Linie nach Ostasien und Australien ist gleichfalls eingegangen, endlich steht eine Vorlage in Aussicht, wonach behufs Beschleunigung des Umtausches der älteren Kassenanweisungen gegen die neuen, den ersteren die Eigenschaften als Zahlungsmittel nach einer gewissen Frist entzogen wird.

Wien. Wegen eines Passus der letzten Parlamentsrede des Abg. v. Schönerer, in welcher der verstorbene Giskra mit Kaminsky und Ofenheim auf eine Stufe gestellt worden war, hat der Sohn Giskras dem Abg. v. Schönerer seine Zeugen geschickt.

Kairo. Erst im Juni soll eine größere englische Expedition abgehen, um dem General Gordon in Chartum Hilfe zu bringen.

Washington. Der deutsche Gesandte von Eisendecher wird von seinem hiesigen Posten auf den kleineren nach Karlsruhe versetzt. An seine Stelle kommt der deutsche Gesandte im Haag, v. Alvensleben.

Frankfurt a. M., 8. Mai. Credit 269. Staatsbahn 266½. Lombarden 132. 6er Loose —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Galizier — —. Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente —. 5er Russen —. 86er Russen —. 2. Orientanleihe —. 4er feste Ungar. Goldanleihe —. 3. Orientanleihe —. Ungar. Loose. —. Böhmische 209,75. Egypter 67½. Gemischte. —. Russen —. Matt.

Wien, 8. Mai. Credit 269,50. Staatsbahn 316,70. Lombarden 146,30. Nordwest. 131,00. Marknoten 59,45. Ung. Cred. 319,75. Tabak-Act. —. Fest.

Paris, 8. Mai. (Schluß.) Rente 78,50. Anleihe 107,75. Italiener 96,80. Staatsbahn 663,75. Lomb. — —. do. Prioritäten — —. Egypter 343. Oesterr. Goldrente —. Spanier —. Ottomanen 472. Tabak-Actien —. Schwankend.

Paris, 8. Mai. An der Mittagsbörse herrschte leichte Reaction auf Ottomanen.

London, 8. Mai. Consols 101,62. 1873er Russen 93,46. Lombarden — —. Türken 8,458. 4% fundirte Amerikaner — —. 4% Ungarische Goldrente — —. Ottomanen 165,00. Pr. Conf. — —. Suez-Actien 85,82. Egypter 85,75. Fest.

Lokales und Sächsisches.

— Se. K. H. Prinz Georg begiebt sich heute früh 5 Uhr in Begleitung des Chefs des Generalstabes, Oberst v. d. Planitz, und des Adjutanten beim General-Kommando, Rittmeister von Hinüber, nach Chemnitz, um den Vormittags stattfindenden Besichtigung der Bataillone des 5. Inf.-Regiments 104 beizuwohnen. Se. K. Hoheit kehrt Nachmittags wieder nach der Villa Hosterwitz zurück.

— Se. K. H. Prinz Georg traf am Dienstag früh 8 Uhr mittelst Schnellzuges in Zwickau ein und begab sich mit seiner militärischen Begleitung in bereitgestellter Equipage durch die reich beflaggten Straßen alsbald nach dem Garnisons-Exerzierplatz zur Abnahme der Bataillonsvorstellung des 9. Infanterie-Regiments Nr. 133. Der Besichtigung wohnte auch der Brigade-Kommandeur Generalmajor Freiherr v. Burn bei. 10 Uhr 45 Min. setzte der Prinz die Weiterreise bez. Inspektionsreise nach Freiberg fort, woselbst er Nachmittags 3 Uhr eintraf und von den Spitzen der Behörden begrüßt ward. Nach Abnahme der Paraden auf dem großen Exerzierplatz nahm Se. K. Hoheit auf dem Bahnhof im reservirten Königszimmer den Kaffee ein und fuhr dann mit dem ½6 Uhr-Zuge zurück nach Dresden.

— Se. Exc. der Herr Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz hat sich zur Theilnahme an den Verhandlungen über die Verlängerung des Sozialistengesetzes nach Berlin begeben.

— Das Ritterkreuz 1. Klasse vom Verdienstorden erhielt Gymnasialdirector Prof. Franz Giesel in Leipzig, das Albrechtskreuz Obersteiger Heinr. Richter in Halsbrücke und der pens. Revierwerkmeister Carl Gottlieb Ulbrich zu Freiberg, das Verdienstkreuz Hoftheater-Beleuchtungsinspector Hugo Bähr.

— Der hiesige Kaufmann Gustav Emil Kreinsen erhielt das Prädikat „Königlicher Hoflieferant".

— Der 1. Kommissar bei der Lotterie-Direktion Finanzrath Robert Deumer erhielt den Titel und Rang eines „Oberfinanzrathes" in der 3. Klasse der Hofrangordnung; unseres Wissens erscheint dieser Titel zum ersten Male.

— An Stelle des verstorbenen Hofphotographen Scherer ist für den photographischen Sachverständigenverein vom Ministerium Herr Hofphotograph August Teich, hier, als stellvertretendes Mitglied ernannt worden.

— Die große silberne Medaille „für Treue in der Arbeit" erhielt auf dem Rittergute Ostorf der Tagelöhner August Dietze.

— Daß die Einkommendeklaration in Leipzig gegenwärtig die Gemüther in ungewöhnlicher Art erregt, ward hier bereits erwähnt und in unserer gestrigen Korrespondenz aus Leipzig war schon mitgetheilt, daß auch der „Stadtverein" entrüstet gegen das diesmalige dortige Steuereinschätzungsgebahren Front macht. Es ist denn, wie wir heute melden können, in diesem „Stadtverein" nach langer heißer Debatte eine Kommission eingesetzt worden, die eine Petition an den Landtag entwerfen soll, worin um Abänderung einzelner Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes nachgesucht werden soll und die gleichzeitig ein Gesuch an die Stadtbehörde ausarbeitet, welches Abänderung beim Verfahren der Einschätzung, besonders bei Bildung der Einschätzungskommissionen anstrebt. — Man sieht, die Bewegung wird ernsthaft. Dem „Leipziger Tageblatt" ist in der Angelegenheit ein Artikel zugegangen, welcher einige allgemeine Gesichtspunkte höchst beachtlicher Art berührt. Nach der Sozialdemokratie ist das Einkommensteuer-Gesetz mit seiner Handhabung der größte Feind der Regierung. Dieses an öffentlicher Stelle ausgesprochene Wort ist nur zu wahr, und es haben namentlich die neuesten Einschätzungen in unserer Stadt wiederum, auch in den loyalsten Kreisen, die weitgreifendsten Erbitterungen hervorgerufen. Die Veranlassung dazu sind besonders: das grundsätzliche Mißtrauen, welches bei der Einschätzung den Steuerzahlern, auch den vertrauenswürdigsten entgegen gestellt wird, und die indiskrete Behandlung privater Verhältnisse. Behörde und Kommissionen begründen ihr Verfahren in Bezug auf den ersten Punkt damit, daß öfter Fälle vorgekommen, in denen falsch deklarirt worden. Daß dies geschehen, kann nicht in Abrede gestellt werden; allein es wird dadurch nicht gerechtfertigt, daß rechtschaffene Leute deshalb den nicht gewissenhaften gleichgestellt werden und ihre Deklaration ohne jede Motivirung unbeachtet bleibt. Es ist gesagt worden, daß die Einschätzungs-Kommission gleichwie die Deklaranten „nach bestem Wissen und Gewissen" verfahren, und wir sind weit entfernt, den ehrenwerthen Mitgliedern diese Absicht abzusprechen; allein der Deklarant kennt seine Verhältnisse, der Einschätzer vermuthet sie nur. Deshalb aber sollte die Verwerfung einer Deklaration bei Leuten, die vollen Glauben verdienen, nur bei hinreichenden Beweisen stattfinden. Wie unsicher sind die Beurtheilungen der Vermögensverhältnisse seitens der Oeffentlichkeit.

Nachdruck verboten.